

Warten auf neue Anhaltszahlen in der Psychiatrie

BONN. Die ersten Vorstellungen des Bundesarbeitsministeriums, für den Entwurf einer Rechtsverordnung zum Personalbedarf in der stationären Psychiatrie standen im Mittelpunkt einer AOK-Veranstaltung in Bonn. Vertreter aus dem Bereich der Psychiatrie begrüßten das Konzept, weil „hier zum ersten Mal die Aufgaben und Tätigkeiten für jede der sechs Berufsgruppen in der stationären Psychiatrie definiert und beschrieben werden“, stellte der AOK-Bundesverband fest.

Das Konzept sei eine gute Basis, um künftig das Versorgungs- beziehungsweise Dienstleistungsniveau in der stationären Psychiatrie bei Pflegesatzverhandlungen zu vereinbaren. Vor allem erhoffe man eine „größere Transparenz“. EB

Polleninformation

MÖNCHENGLADBACH. Die Stiftung Deutscher Polleninformationsdienst hat einen Telefonservice eingerichtet, der Allergiker rund um die Uhr über aktuelle Allergiefragen informiert (Rufnummern: 0 21 61/46 46; 46 47; 46 48). Die aktuelle Pollenflugvorhersage kann weiterhin unter (0) 1 16 01 abgerufen werden. WZ

Todesurteil wurde umgewandelt

KÖLN. Daß vereinte internationale Proteste Erfolg haben können, zeigt die Verhinderung der Vollstreckung der Todesstrafe an dem Arzt Dr. Maamun Mohamed Hussein. Das Urteil über den früheren Generalsekretär des sudanesischen Ärztebundes ist mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt worden. Im Sudan bedeutet

das etwa 15 Jahre Haft. Neben dem ägyptischen Staatspräsidenten und den EG-Mitgliedsländern hatte auch die Bundesärztekammer auf Initiative von „amnesty international“ über den Weltärztebund bei der Regierung des Sudan interveniert. So konnte zumindest die Todesstrafe in diesem Fall abgewendet werden. WZ

Ausland

Kontrahierungszwang soll fallen

DEN HAAG. Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen in den Niederlanden hat die Sozialdemokratische Partei (PvdA) die Liberale Partei (VVD) als Koalitionspartner der christdemokratischen CDA abgelöst. Noch ist völlig ungewiß, inwiefern die neue Regierung die ehrgeizigen Pläne des alten Kabinetts zur Umgestaltung des Gesundheitswesens übernimmt (siehe in diesem Heft „Aktuelle Politik“).

Als eine ihrer letzten Amtshandlungen brachte die alte Regierung einen Gesetzentwurf ein, der insbesondere die Ärzteschaft auf die Barrikaden brachte: Der Kontrahierungszwang der Krankenkassen gegenüber Hausärzten, Fachärzten, Zahnärzten und Physiotherapeuten soll abgeschafft werden.

Die Pläne des Gesetzentwurfs, die im niederländischen Parlament als nicht umstritten gelten, wurden losgelöst von den weiteren Reformvorhaben der Regierung eingebracht. Die bisher von den Gemeinden ausgesprochene Zulassung und der damit verbundene Kontrahierungszwang der Krankenkassen gegenüber zugelassenen Leistungserbringern sollen danach aufgehoben werden. Gleichzeitig sollen die durch ein kompliziertes Verfahren ermittelten landesweiten Tarife der Krankenkassen und Privatversicherungen für die Leistungserbringer außer Kraft gesetzt werden. Da-

Hilfskonvoi aus Bayern für Rumänien



Foto: armw. München

MÜNCHEN. Ein Hilfskonvoi des Bayerischen Roten Kreuzes hat kürzlich Ladung im Wert von ca. einer Million DM nach Rumänien gebracht. Grundnahrungsmittel, Kindernahrung und Hygieneartikel gingen in das Gebiet Satu Mare im Nordwesten des Landes. Dort werden die Güter gemeinsam von dem Rumänischen Roten Kreuz und kirchlichen Institutionen an die Bevölkerung verteilt. Da noch mehr Hilfs-

güter gebraucht werden, bittet das DRK um Spenden („Hungerhilfe Rumänien“, Konto-Nr. 22 222). Engagiert hat sich auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr: Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes packten Soldaten an den Weihnachtsfeiertagen insgesamt 32 Tonnen Sanitätsmaterial der Bundeswehr zusammen, das nach Rumänien geflogen wurde. Die Ladungen hatten einen Wert von 1,3 Millionen DM. EB

durch wird den Versicherern eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber den Leistungserbringern in Aussicht gestellt.

Während die gesetzlichen Krankenkassen sich sehr zufrieden mit dem Gesetzesvorschlag zeigten, prophezeite die niederländische Hausärztevereinigung „amerikanische Zustände“ und heftige Konkurrenz zwischen Hausärzten untereinander und Krankenkassen, die die Ärzte gegeneinander ausspielen. JMü

Ein Arzt wurde Gesundheitsminister

SANTIAGO. Der neugewählte chilenische Staatspräsident Aylwin hat zwei Monate vor seinem Amtsantritt bereits seine Regierung vorgestellt. Zum Gesundheitsmini-

ster wird er einen Arzt berufen: Dr. Jorge Jimenez de la Jara, einen Christdemokraten. Bisher war Dr. Jimenez Generalsekretär der chilenischen Ärztekammer, die – lange vor dessen Präsidentenzeit – von Dr. Allende mitbegründet worden ist. Sie hatte seinerzeit ähnliche Kompetenzen wie deutsche oder österreichische Ärztekammern, die aber in den letzten Jahren von General Pinochet beschnitten worden sind – vor allem das Mitgliedschafts-Obligatorium wurde abgeschafft und damit die Disziplinargewalt der Kammer beeinträchtigt. Dr. Jimenez hat des öfteren die chilenische Kammer als Delegierter beim Weltärztebund vertreten. Sein Bruder hat seine psychiatrische Weiterbildung an einer deutschen Universitätsklinik absolviert. bt